

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4957

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4957



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

October 2024

Policy Brief

Trump 2.0?

Was auf die Schweiz zukommen könnte

Aurèle Cotton

Kaan Bayir

Nazanin Asbaghipour

Oskar Jönsson

Autor:innen

Aurèle Cotton

Aurèle Cotton ist Policy Fellow im Bereich Finanzplatz bei foraus. Zuvor hat er bei der Schweizerischen Nationalbank in Zürich, für das EDA an der Schweizer Botschaft in Washington und im Büro der Vereinten Nationen in Genf gearbeitet. Aurèle hat einen Master in Internationalen Beziehungen vom IHEID und einen Bachelor in Literatur und Politikwissenschaften von der Universität Lausanne. Er ist seit 2021 aktives Mitglied von foraus und war Co-Leiter der Regio-Gruppe in Genf.

Nazanin Asbaghipour

Nazanin Asbaghipour is a Policy Fellow in the fields of International cooperation & sustainable development and Peace & Security at foraus. She previously worked with the Social Research and Methodology Group at the University of Basel, contributed to the 2022 Conflict Barometer for the Heidelberg Institute for International Conflict Research (HIIC), and was involved in various international organizations. Nazanin holds a Master's degree in Business Management from the University of the West of England (Bristol) and is currently pursuing an interdisciplinary Master's in European Global Studies at the University of Basel. She has been an active member of foraus since 2022, and she is dedicated to addressing global challenges through her academic and professional work.

Kaan Bayir

Kaan Bayir hat soeben seinen interdisziplinären Master am Geneva Graduate Institute (IHEID) in Internationalen- und Entwicklungsstudien absolviert und verfasste seine Masterarbeit über die Rolle der Schweizer Neutralität im UN-Sicherheitsrat. Während seiner Studienzeit sammelte er wertvolle Berufserfahrung in verschiedenen Branchen, darunter bei der Afghanischen Mission in Genf, Schweizer Botschaft in Aserbaidschan, bei der Credit Suisse und beim Think Tank Avenir Suisse. Darüber hinaus fungierte er als Mitglied des Migrationsrates in Winterthur um den Stadtrat.

Oskar Jönsson

Oskar Jönsson arbeitet bei der gebana AG als Co-Projektleiter für den Fabrikneubau in Burkina Faso im Bereich Strategische Projekte. Oskar studierte Umweltnaturwissenschaften an der ETH Zürich, der Hong Kong University of Science and Technology und der Tsinghua University. 2021/2022 beschäftigte er sich als Mercator Fellow mit nachhaltigen Lieferketten von Agrarrohstoffen, unter anderem bei UNDP Ghana und bei Bio Suisse. Davor war Oskar beim Staatssekretariat für Wirtschaft als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich nachhaltige Entwicklung in Freihandelsabkommen tätig. Er engagiert sich seit 2017 bei foraus und war unter anderem Co-Leiter des Programms Umwelt, Verkehr & Energie.

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary	2
Einleitung	9
Eine zweite Amtszeit Trump – was wäre von der Regierung zu erwarten?	12
Handel - Die Zeichen stehen weiter auf Sturm	16
Finanzplatz - Zwischen alten und neuen Herausforderungen	21
Sicherheit – Navigieren durch unsichere Zeiten	26
Schlussfolgerungen und Empfehlungen für die Schweiz	31
Und wenn Harris gewählt wird?	33
Endnoten	35

Executive Summary

Deutsch Die Chancen stehen gut, dass Donald Trump wieder zum Präsident der USA gewählt wird. Trump hat in seiner ersten Amtszeit gezeigt, dass er gewillt ist, forsch und unkonventionell vorzugehen, insbesondere in der Aussenpolitik. Er hat so viel Glas zerschlagen, aber auch Blockaden durchbrochen. Die Schweiz war negativ vor allem indirekt betroffen und genoss jedoch auf der bilateralen Ebene beste Kontakte zur Trump-Administration.

Was ist angesichts dieser Erfahrungen zu erwarten, sollte Trump am 5. November gewählt werden? Eine neue Trump-Administration wird viel besser vorbereitet und schlagkräftiger sein, ohne das Element der Überraschung zu verlieren – und dies in einer mehr fragmentierten und risikoreichen Welt.

Mit einer neuen Trump-Administration dürften drei Tendenzen im Vordergrund stehen: 1) Mehr *America First*: Wirtschaftsprotektionismus und weniger Unterstützung für die NATO; 2) Fortwährende Untergrabung der multilateralen Ordnung und ihrer Gremien; 3) Verstärkter Bilateralismus auf Basis der Stärke der USA. Diese drei Tendenzen werden die Schweiz insbesondere in den Bereichen Handel, Finanzplatz und Sicherheitspolitik betreffen. In der vorliegenden Publikation werden die möglichen Konsequenzen für die Schweiz und mögliche Lösungsansätze für den Umgang mit den drei Tendenzen in den drei Bereichen aufgezeigt.

Handel: Die angekündigte allgemeine Zollschränke von 10% wäre für Schweizer Exporteure ein massives Problem, zudem könnten Gegenmassnahmen der EU die Schweizer Exporteure noch empfindlicher treffen. Trump dürfte auch weiterhin die Funktionsweise der WTO untergraben, wobei sich die Mitglieder hierauf weitestgehend eingestellt haben. In den bilateralen Beziehungen könnte die Diskussion um ein Freihandelsabkommen mit den USA wieder Aufwind bekommen. Allerdings müsste sich die Schweiz bei solchen Diskussionen auf transaktionale Forderungen in sensiblen Bereichen (z.B. Landwirtschaft) gefasst machen.

Finanzplatz: Eine neue Deregulierungswelle an der Wall Street, mehr Kontrollen für internationale Investitionen und die Rückkehr der Wechselkursfrage könnten die Finanzpolitik einer zweiten Trump-Administration prägen. Die ersten beiden Entwicklungen würden die Abwägungsprobleme verschärfen, mit denen sich die Schweiz bei der Kalibrierung ihrer Post-Credit Suisse-Regulierung und ihren Finanzbeziehungen zu China konfrontiert ist. Die Wechselkursfrage bleibt zwar heikel, doch der Eintritt in einen neuen geldpolitischen Zyklus verringert die Risiken für die Schweiz.

Sicherheit: Durch eine zweite Trump-Administration könnte die internationale Ordnung weiter an Rückhalt verlieren. Eine geringere Unterstützung für die Ukraine, Taiwan und im Besonderen die NATO würde direkt und indirekt die Sicherheitslage der Schweiz gefährden. Weiter ist schwer vorhersehbar, wie hoch die Schweiz auf der Prioritätenliste für Rüstungskäufe stehen würde. Ein weiteres Problem könnte eine mögliche Einschränkung des Austauschs nachrichtendienstlicher Informationen sein.

Unsere Analyse zeigt auf, dass in allen drei Bereichen verschiedenste Herausforderungen auf die Schweiz zukommen könnten, sollte Trump wieder US-Präsident werden. Die grösste Herausforderung besteht jedoch darin, dass Trump sich nicht scheut, verschiedene Themen, die traditionell separat behandelt werden, zu verknüpfen. Ein solches Vorgehen ist in der Schweiz noch ungewohnt.

Um sich auf eine zweite Amtszeit von Trump vorbereiten, sollte die Schweiz folgende Vorbereitungen treffen:

- Bildung einer interdepartementalen Task-Force zur Erarbeitung und Abstimmung möglicher Szenarien und Schweizer Reaktionen darauf
- Austausch mit wichtigen Partnern, welche ebenfalls vor ähnlichen Herausforderungen stehen würden (insb. die EU), um deren geplanten Massnahmen zu verstehen und gegebenenfalls zu koordinieren.
- Proaktive Vorbereitung einer öffentlichen Diskussion über unbequeme politische Fragestellungen (insb. in Bezug auf die Neutralität), um im Einklang mit der direkten Demokratie rasch handlungsfähig zu sein

Auch wenn sich diese Publikation vor allem auf Trump bezieht, sind die Herausforderungen und Empfehlungen ebenso für eine Harris-Administration relevant, selbst wenn diese weitgehend an die Kontinuität der derzeitigen Regierung anknüpfen dürfte.

Français Il y a de réelles chances que Donald Trump soit réélu président des États-Unis. Au cours de son premier mandat, Trump a démontré qu'il avait la volonté d'agir avec audace et de manière non conventionnelle, notamment dans l'arène internationale. Si ses décisions ont fait beaucoup de dégâts, elles ont également fait sauter certains tabous. Du point de vue helvétique, les conséquences négatives ont surtout été indirectes. Au niveau bilatéral, la Suisse a bénéficié d'excellents contacts au plus haut niveau avec l'administration Trump.

Compte tenu de ces enseignements, à quoi s'attendre si Trump prévaut le 5 novembre ? Contrairement à son premier mandat, un second serait mieux préparé et plus percutant, tout en conservant une grande dose d'imprévisibilité - et cela dans un monde désormais plus fragmenté et conflictuel.

En matière de politique étrangère, trois tendances devraient être au premier plan : 1) Plus d'*America First* : davantage de protectionnisme économique et moins de soutien à l'OTAN et aux

alliés ; 2) érosion continue de l'ordre multilatéral et de ses organes ; 3) bilatéralisation accrue des relations avec les États-Unis, sur la base des rapports de force. Ces trois tendances devraient en particulier affecter la Suisse en matière commerciale, financière et sécuritaire.

Sur la base de ces trois tendances, ce briefing analyse les conséquences possibles pour la Suisse pour chacun de ces trois domaines et propose des solutions possibles pour y faire face et se préparer au mieux.

Commerce : des droits de douanes généralisés de 10% seraient certes un problème pour les exportateurs suisses, mais les mesures de rétorsion de l'UE pourraient les toucher encore plus durement. Trump devrait continuer à saper le fonctionnement de l'OMC, même si ses membres se sont largement adaptés à cet état de fait. Au niveau bilatéral, les discussions portant sur un accord de libre-échange avec les États-Unis pourraient prendre un nouvel essor. La Suisse devrait toutefois se préparer à des exigences transactionnelles dans des domaines sensibles (p. ex. l'agriculture).

Place Financière : une nouvelle vague de déréglementation à Wall Street, davantage de contrôles sur les investissements internationaux et le retour de la question des taux de change au premier plan pourraient marquer la politique financière d'une deuxième administration Trump. Les deux premiers développements accentueraient la difficulté des arbitrages auxquels la Suisse est confrontée dans le calibrage de sa réglementation post-Credit Suisse et de ses relations financières avec la Chine. La question des taux de change reste certes délicate, mais l'entrée dans un nouveau cycle de politique monétaire réduit les risques pour la Suisse.

Sécurité : une seconde administration Trump pourrait réduire le soutien américain à l'ordre international. Un soutien moindre à l'Ukraine, Taiwan et en particulier à l'OTAN péjorerait directement et indirectement la situation sécuritaire de la Suisse. En outre, il est difficile de prévoir à quel niveau la Suisse se situerait sur la liste des priorités pour les achats d'armement et si une réduction de l'échange d'informations entre services de renseignement serait effectivement envisageable.

Notre analyse montre que, dans ces trois domaines, la Suisse pourrait être confrontée à de vastes défis si Trump redevenait président. Le plus grand défi reste toutefois que Trump n'hésite pas à lier entre eux différents thèmes qui sont traditionnellement traités séparément - une pratique à laquelle la Suisse n'est pas habituée.

Pour se préparer au mieux à un second mandat de Trump, la Suisse devrait prendre les dispositions suivantes :

- Création d'une task force interdépartementale chargée d'élaborer et de s'accorder sur des scénarios possibles et les réactions suisses à ces scénarios.
- Échanger avec des partenaires importants qui seraient également confrontés à des défis similaires (en particulier l'UE) afin de comprendre et, le cas échéant, s'accorder sur les mesures qu'ils envisagent.
- Préparation active de l'opinion publique sur des questions politiques désagréables (notamment en ce qui concerne la neutralité), afin d'être rapidement en mesure d'agir conformément à la démocratie directe si nécessaire.

Bien que cette publication soit principalement consacrée à Trump, les défis identifiés et les recommandations formulées sont également pertinents pour une administration Harris, bien que celle-ci devrait s'inscrire en grande partie dans la continuité de l'administration actuelle.

English

There's a real chance that Donald Trump will be re-elected President of the United States. During his first term, Trump demonstrated a willingness to act boldly and unconventionally, particularly in the international arena. While his decisions have done a great deal of damage, they have also broken certain taboos. From a Swiss perspective, the negative consequences were mainly indirect. Bilaterally, Switzerland benefited from excellent contacts at the highest level with the Trump administration.

In light of all of this, what can we expect if Trump is elected on November 5? Unlike his first term, a second would be better prepared and more forceful, while retaining a large dose of unpredictability - in a world that is now more fragmented and conflict-ridden.

In terms of foreign policy, three trends are likely to come to the fore: 1) More *America First*: more economic protectionism and less support for NATO and US allies; 2) continued erosion of the multilateral order and its institutions; 3) further bilateralization of international relations, based on the power superiority of the United States. These three trends are likely to affect Switzerland in particular in the areas of trade, finance and security.

On the basis of these three trends, this policy brief analyzes possible implications for Switzerland in each of the three areas identified, and suggests possible solutions to cope with and prepare for them in the best possible way.

Trade: general customs duties of 10% would certainly be a problem for Swiss exporters, but retaliatory measures by the EU could hit them even harder. Trump is likely to continue to undermine the functioning of the WTO, even if its members have largely adapted. On a bilateral level, discussions on a free-trade agreement with the USA could gain new momentum. However, Switzerland should be prepared for transactional demands in certain sensitive areas (e.g. agriculture).

Finance: a new wave of deregulation on Wall Street, more controls on international investments and the return of exchange rate issues to the forefront could shape the financial policy of a second Trump administration. The first two developments would sharpen the difficulty of the trade-offs Switzerland faces in calibrating its post-Credit Suisse regulations and its financial relations with China. Exchange rates remain a delicate issue, but the entry into a new monetary policy cycle reduces the risks for Switzerland.

Security: a second Trump administration could reduce US engagement for the international order. Less support for Ukraine, Taiwan and NATO in particular would directly and indirectly worsen Switzerland's security situation. Furthermore, it is difficult to predict where Switzerland would fall on the list of priorities for arms purchases, and a reduction in the exchange of information between intelligence services could also pose problems.

Our analysis shows that, in all three areas, Switzerland could face vast challenges if Trump were to be reelected. The biggest of them, however, is that Trump does not hesitate to link together different issues that are traditionally dealt with separately - an approach which is alien to Switzerland.

To prepare for a second Trump term, Switzerland should take the following steps:

- Set up an interdepartmental task force to develop and agree on possible scenarios and Swiss responses to them.
- Exchange with important partners who would also face similar challenges (in particular the EU) in order to understand and, if necessary, align with the measures they envisage.
- Active preparation of public opinion on unpleasant political issues (in particular with regard to neutrality), so as to be quickly in a position to act in accordance with direct democracy if necessary.

Although this publication focuses primarily on Trump, the challenges identified and recommendations made are also relevant in case of a Harris administration, even though the latter would largely be a continuation of the current one.

Einleitung

In wenigen Wochen finden in den USA die Präsidentschaftswahlen statt. Die Chance besteht, dass Donald Trump für eine zweite Amtszeit gewählt wird. Seine erste Amtszeit war äusserst turbulent. Aus einer aussenpolitischen Perspektive besonders relevant waren der Handelskrieg mit China, der Rückzug aus dem Atomabkommen mit dem Iran, die Anerkennung von Jerusalem als Hauptstadt Israels, den Austritten aus der Pariser Klimaabkommen und der Weltgesundheitsorganisation sowie der Abbau der Rüstungskontrollarchitektur mit Russland. Weiter in Erinnerung bleiben spektakulär angekündigte *Deals* wie etwa mit Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un, die dann aber nicht zustande kamen, und vor allem die Unberechenbarkeit und der Bruch mit etablierten Politikstilen.

Gleichzeitig gab es auch Punkte, die positiv bewertet werden können: Für die Europäer hat die Erfahrung mit Trump die Bedeutung unterstrichen, den amerikanischen Sicherheitsschirm nicht als selbstverständlich zu betrachten und mehr in ihre eigene Sicherheit zu investieren. Was China betrifft, halten viele eine härtere Vorgehensweise für gerechtfertigt und im Interesse der Vereinigten Staaten.

Auch die Schweiz war betroffen. Negativ vor allem aufgrund der Destabilisierung der multilateralen Ordnung und der Missachtung von internationalem Recht, abgesehen von kleineren Scharmützeln wie etwa dem Vorwurf der Währungsmanipulation. Positiv insbesondere durch gute bilaterale Wirtschaftsbeziehungen: Die Schweiz kam sogar wieder ins Träumen von einem Freihandelsabkommen mit den USA. Diplomatisch genoss die Schweiz nahezu beispiellosen Zugang zu den höchsten Ebenen der Trump-Administration, was

positive Auswirkungen auf einige wichtige bilaterale Themen wie das Schutzmachtmandat im Iran und die Verhandlungen zur Aktualisierung des FATCA-Abkommen über den Austausch von Finanzinformationen hatte.

Die Erfahrung mit der letzten Amtszeit Trumps zeigt: Nicht alles, was eine Trump-Administration veranlasst, ist schlecht. Und nicht alles, was angekündigt wird, wird umgesetzt. Aber das Schadenspotenzial für eine begrenzt antizipierende Schweizer Aussenpolitik kann einschneidend sein, wenn plötzlich grosse, unerwartete Ideen oder Entscheide aufkommen. Mit Trump an der Spitze der USA würde das Mass an Unsicherheit in den internationalen Beziehungen sicherlich weiter steigen - und das in einer Welt, die in der Zwischenzeit viel risikoreicher geworden ist. Diese Befürchtung scheint verbreitet: So haben sowohl [Deutschland](#)¹ als auch [die EU](#)² interne Arbeitsgruppen etabliert, um mögliche Szenarien für eine zweite Amtszeit von Trump vorzubereiten. Auch in der Schweiz gibt es in verschiedenen Departementen ähnliche Ansätze, etwa im EDA oder dem VBS, jedoch ohne übergeordnete Koordination und strategische Übersicht.

Doch eine solche Vorbereitung braucht es nicht nur innerhalb der Verwaltungen. Angesichts der oft kontroversen Politikvorschläge und -ansätze Trumps, welche nicht selten schwierige Güterabwägungen zwischen scheinbar unverwandten Themen beinhalten, ist eine breit abgestützte und möglichst frühe Auseinandersetzung mit möglichen Auswirkungen von grosser Bedeutung.

Entsprechend richten sich die von uns gemachten Politikvorschläge und aufgeworfenen Fragen an die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger in der Schweiz, die ein Interesse an der Aufrechterhaltung guter und stabiler Beziehungen zu den USA haben. Angesichts der vergleichsweise langsamen demokratischen Prozesse in der Schweiz kann die Publikation auch Bürger:innen für eine proaktive Auseinandersetzung mit den verschiedenen Dilemmata dienen, welche während einer zweiten Amtszeit von Trump aufkommen können.

Zuerst wird dargelegt, wie eine zweite Trump-Administration aussehen und wie diese aussenpolitisch funktionieren könnte.

Darauf aufbauend werden für drei wichtige Bereiche der bilateralen Beziehungen (Sicherheit, Handel und Finanzplatz) drei Tendenzen aufgezeigt, wie diese auftreten und welche Auswirkungen sie auf die Schweiz hätten. Abschliessend werden mögliche Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Bereichen aufgezeigt und der Bedarf für einen Whole-of-Switzerland Ansatz für die Schweiz unterstrichen, wenn sie sich angemessen vorbereiten möchte.

Eine zweite Amtszeit Trump – was wäre von der Regierung zu erwarten?

Die Machtübernahme Trump's in der ersten Amtszeit verlief chaotisch. Viele Beamtenposten im In- und Ausland blieben lange Zeit vakant. Sollte Trump im November zu einer zweiten Amtszeit gewählt werden, wäre dies mit Sicherheit anders. Im Vergleich zu 2016, als Trump als Republikanischer Aussenseiter in Weisses Haus gewählt wurde, steht die Partei jetzt geschlossen hinter ihm. Auch Trumps eigene Agenda, die [Agenda 47](#),³ kann als viel umfassender und ausgereifter betrachtet werden, als das Wahlprogramm von 2016. Aus aussenpolitischer Sicht besonders relevant sind darin die folgenden Punkte:

- Eine Beendigung des Ukraine-Konflikts innert 24 Stunden
- Re-Evaluierung der Unterstützung zur NATO und anderer Verbündeten
- Umfassende Zollschränken, bis zu 10% auf alle importierten Güter, sowie die Reduktion der Aussenhandelsdefizite
- Härtere Gangart gegenüber China, insbesondere im Bereich Wirtschaft

Einflussreiche Think Tanks wie die Heritage Foundation und Grossspender streben eine zweite Trump-Administration an und unterstützen seinen Wahlkampf mit grosser Hingabe. Das [Project 2025](#),⁴ aber auch die Agenda 47, bereiten sich auf eine mögliche zweite Trump-Administration vor und wollen so schnell wie möglich nach seinem Amtsantritt bedeutende politische Änderungen vorstossen.

Diese beiden Pläne (Project 2025 und Agenda 47) beruhen auf der Einsicht, dass nur mit einer guten Vorbereitung die vier Jahre der Präsidentschaft optimal dazu genutzt werden können, die Interessen langfristig durchzusetzen. Geplant ist nichts weniger als die langfristige Umgestaltung der US-amerikanischen Gesellschaftsordnung. Eine zweite Präsidentschaft von Trump dürfte also einiges schlagkräftiger sein: Besser vorbereitet, mit der ganzen Republikanischen Partei hinter sich und ohne Hemmungen in Bezug auf eine weitere Wiederwahl. Wobei die Fähigkeit zur Umsetzung dieser Vorschläge natürlich stark vom Verhältnis zum Kongress und damit dessen Zusammensetzung abhängen wird.

Thematisch dürfte eine zweite Trump Regierung von einem Tauziehen [zwischen drei verschiedenen Lagern geprägt sein](#):⁵ Den „Prioritizers“, welche die US-Politik auf Asien ausrichten wollen, den „Primacists“, welche weiterhin die US-Hegemonie überall auf der Welt ausüben wollen, und den „Isolationists“, welche sich insgesamt aus der Weltpolitik zurückziehen wollen. Trump selbst spiegelt diese drei Lager innerhalb der republikanischen Partei, wieder, die auch in der US-Politik allgemein bestehen: Mal Prioritizer (z.B. wenn es um China geht), mal Primacist (wenn es etwa um die Rolle der USA als Sicherheitsgarant Israels geht) und mal Isolationist (wenn es um die Handelspolitik geht). Wie genau das Tauziehen in einzelnen Themen zwischen den drei Lagern ausgehen wird, ist nur schwer vorhersehbar. Gleichzeitig dürfte sich der Stil Trumps, plötzliche Richtungswechsel oder neue Ideen einzubringen, kaum ändern. Auf Basis der publizierten Pläne dürften insbesondere die folgenden Tendenzen die US-Aussenpolitik einer neuen Trump-Regierung prägen:

1. Mehr *America First*: Ökonomischer und sicherheitspolitischer Nationalismus mit weniger Aufmerksamkeit und Ressourcen für bestehende Allianzen

Eine Trump-Regierung würde das nationale Interesse der USA enger definieren und die internationalen Beziehungen als Nullsummenspiel betrachten: Wenn andere gewinnen, verlieren die USA. Bündnisse (bspw. in Europa oder Ostasien) werden weniger als Stärkung der nationalen Sicherheit der USA angesehen, sondern als eine Last, welche die USA subventionieren.

2. Weniger Völkerrecht: Fortschreitendes Untergraben der multilateralen Ordnung, deren Institutionen und der Menschenrechte

Trump versteht die internationalen Beziehungen als ein ständiges Kräfteressen zwischen Staaten mit unterschiedlichen Fähigkeiten. Die Regeln und Normen der nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen liberalen internationalen Ordnung werden zunehmend als Zwangsjacke wahrgenommen, die die Handlungsfreiheit der USA einschränken.

3. Verstärkter Bilateralismus: Reaktives und opportunistisches *deal-making* auf Basis realer oder möglichen Optionen unter Ausübung maximalen Drucks

Trumps bevorzugter Ansatz ist bilateral und transaktionsorientiert. Er verhandelt direkt mit den betreffenden Ländern in einem Machtverhältnis und drängt auf Zugeständnisse, indem er dessen Schwächen instrumentalisiert. Multilaterale Foren sind eine vergeudete Zeit, die den amerikanischen Einfluss verwässern. Trump zögert auch nicht, Dossiers miteinander zu verknüpfen, die normalerweise getrennt behandelt werden.

Sollte Trump nochmals ins Weisse Haus einziehen, dürften diese drei aussenpolitischen Tendenzen die Welt in den nächsten vier Jahren stark beschäftigen – auch die Schweiz. Insbesondere die Sicherheits-, die Handels- und die Finanzpolitik dürften davon stark betroffen sein, weshalb im Folgenden auf diese Themenbereiche vertieft eingegangen wird. Die Auswahl dieser drei Bereiche basiert auf bilateralen Überlegungen (z.B. die USA sind unser zweitgrösster Handelspartner) sowie auf bestimmte wirtschaftspolitischen Merkmalen der Schweiz (z.B. offene Wirtschaft, internationaler Finanzplatz, weitgehend an die Nachbarstaaten ausgelagerte Sicherheit).

Handel – Die Zeichen stehen weiter auf Sturm

Zusammenfassung

- Die Handelspolitik dürfte auch in einer zweiten Amtszeit von Trump aussenpolitisch im Vordergrund stehen. Höhere Zölle, eine härtere Gangart gegenüber China und vielleicht sogar ein WTO-Austritt sind zu erwarten beziehungsweise möglich.
- Die Schweiz dürfte kaum stärker betroffen sein als andere Länder, doch könnte es zu empfindlichen Handelshemmnissen mit dem zweitgrössten Handelspartner kommen.
- Eine wichtige Vorbereitung auf mögliche Herausforderungen beinhaltet insbesondere eine gute Abstimmung mit der EU, um von allfälligen Gegenmassnahmen der EU gegenüber der USA ausgenommen zu werden.
- Direkte Verhandlungen mit den USA über ein Freihandelsabkommen, etwa um allfällige Schäden zu vermeiden, hätten vermutlich transaktionale Forderungen in den Bereichen Landwirtschaft, Rüstung oder Finanzplatz zur Folge. Es stellt sich die Frage, ob sich die Schweiz darauf einlassen wollen würde, bzw. ob ein solches Abkommen schlussendlich mehrheitsfähig wäre.

Kontext

Die USA sind der zweitwichtigste Handelspartner der Schweiz (EU als Einheit betrachtet). Jährlich exportiert die Schweiz Güter und Dienstleistungen im Wert von 62 Mrd. CHF und importiert 38 Mrd. CHF. Damit weist die Schweiz gegenüber den USA einen Handelsbilanzüberschuss von 24 Mrd. CHF aus.⁶ Hauptexportgüter sind pharmazeutische und chemische Produkte. Auch die Direktinvestitionen sind bedeutend: Die Schweiz ist die sechstgrösste Investorin in den USA.

Tendenzen unter einer zweiten Trump-Administration und Implikationen für die Schweiz

America First: Höhere Zollmauern um die USA und mögliche Kollateralschäden

Einer der ersten Entscheide der vergangenen Trump-Regierung war der Handelskrieg mit China. Die Zölle auf verschiedene Importgüter aus China wurden im Laufe des Jahres 2018 um 25% erhöht, was die amerikanisch-chinesische Handelsdynamik nachhaltig veränderte, ohne aber die Handelsbilanz zu ändern.⁷ Diese Eskalation des Handelskriegs dauerte bis zum Ende der Trump-Administration an, trotz verschiedener Versuche, auf dem Verhandlungsweg zu einer Einigung zu gelangen. Diese Politik wurde unter Biden fortgesetzt, wenn auch weniger aggressiv. Die Schweiz war davon vergleichsweise wenig betroffen.

Die aus Gründen der nationalen Sicherheit eingeführten Zölle auf Stahl und Aluminium trafen die Schweiz vor allem durch die Gegenmassnahmen der EU, die keine Ausnahmen für Drittstaaten (ausser EWR-Staaten) vorsah. Letztere trafen die Schweizer Stahlbranche hart, die ohnehin mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert ist.

Die wohl prominenteste und durchaus zu erwartende handelspolitische Amtshandlung Trumps ist die Einführung einer grundsätzlichen Zollerhöhung von 10% gegenüber allen Handelspartnern. Diese würde die Schweizer Exporteure, aber auch ihre Konkurrenten in der EU hart treffen. Wie bei früheren

Zollerhöhungen, insbesondere gegenüber China, [werden vor allem die US-Konsument:innen die Kosten tragen müssen](#).⁸ Allerdings würde sich der Wettbewerb zugunsten jener Exporteure verschieben, die den Grossteil der 10%igen Preiserhöhung selbst auffangen können (z.B. durch Senkung der Produzentenpreise).

Schweizer Unternehmen mit ihren vergleichsweise höheren Kosten dürften hier eher das Nachsehen haben. Auch bei bereits hoch eingepreisten Produkten könnte bei einer zusätzlichen Zollhürde von 10% ein Ausweichen auf günstigere Alternativen unausweichlich werden. Gleichzeitig handelt es sich bei den Schweizer Exportprodukten meist nicht um billige Massenprodukte, die einfach durch Alternativen ersetzt werden können, sondern um hochwertige Spezialprodukte. Die genaue Wirkung einer solchen Zollschränke ist daher je nach Sektor unterschiedlich und schwer abzuschätzen, wobei klar ist, dass sie eine unwillkommene Herausforderung darstellen würde.

Unangenehmer könnten gezielte Schutzmassnahmen sein, analog zu den Zöllen auf Aluminium und Stahl in der ersten Amtszeit Trumps, wo die EU Gegenmassnahmen ergreifen würde, ohne der Schweiz Ausnahmen zu gewähren. Die Schweizer Unternehmen sähen sich dann in ihren beiden wichtigsten Exportmärkten mit massiven Exporthürden konfrontiert. Zum jetzigen Zeitpunkt sind zwar keine spezifischen Massnahmen angekündigt, diese könnten jedoch ergriffen werden, falls die angekündigte generelle Zollschränke von 10% als zu extrem erscheinen sollte. Umgekehrt erscheint es unwahrscheinlich, dass die EU im Falle der Einführung einer neuen allgemeinen Zollschränke durch die USA diese einfach übernehmen und auch gegenüber Drittstaaten einführen würde. Zumal die Schweiz mit der EU ein Freihandelsabkommen hat, dürfte eine solche allgemeine Zollschränke seitens der EU gegenüber der Schweiz nicht machbar sein, im Gegensatz zu gezielten Schutzmassnahmen wie eben im Aluminium- und Stahlbereich.

Völkerrecht: Fortwährende Schwächung der WTO

Zwar hatten schon frühere US-Präsidenten die Rolle der WTO sukzessive geschwächt, doch hat sich der Prozess unter Trump nochmals stark beschleunigt. Dies beschäftigt die Schweiz bis heute.

Insbesondere die Blockade der Berufungsfunktion hat die WTO stark geschwächt. So hat die Schweiz im [Schiedsverfahren gegen die Stahl- und Aluminiumzölle der USA zwar in erster Instanz Recht bekommen](#),⁹ die USA haben aber dagegen Berufung eingelegt, die mangels zweiter Instanz, eine Konsequenz amerikanischer Politik, ins Leere lief. Damit gibt es kein rechtskräftiges Urteil.

Der beschleunigte Abbau der regelbasierten multilateralen Handelsarchitektur würde sich in einer zweiten Amtszeit Trumps zweifellos fortsetzen. Von einer zunehmenden Passivität in der WTO wie unter der jetzigen Biden-Administration bis hin zu einem Austritt aus der WTO sind alle Szenarien denkbar. Ein Austritt aus der WTO wäre zwar ein sehr drastischer Schritt und im Prinzip vergleichbar mit dem Austritt Grossbritanniens aus der EU (neue Zölle, erschwerte Handelsströme). Ein darauffolgender Massenaustritt aus der WTO ist jedoch unwahrscheinlich – zu gross sind die Stabilitätsvorteile, die die WTO-Regeln für die Mitglieder mit sich bringen. Selbst wenn andere Mitglieder aus der WTO austreten würden, wäre die Schweiz mit ihrem dichten Netz von Freihandelsabkommen gut positioniert, um weiterhin weitgehend zollfreie Warenströme zu gewährleisten – mit Ausnahme der USA, mit denen kein solches Freihandelsabkommen besteht. Sollten die USA tatsächlich aus der WTO austreten, würde der Druck auf die Schweiz, mit den USA ein Freihandelsabkommen auszuhandeln, stark zunehmen. Entsprechend gross dürfte der Druck auf jene Sektoren sein, in denen am meisten Konzessionen gefordert werden, namentlich auf die Landwirtschaft.

Sollten die USA nicht aus der WTO austreten, sondern deren Funktionsweise weiterhin „nur“ ignorieren oder teilweise behindern, dürfte dies zwar nicht im Sinne der Schweiz sein, doch haben sich die Schweiz und andere Mitglieder mittlerweile so gut wie möglich angepasst. Auch [für das Berufungsverfahren wurde eine Alternative aufgebaut](#),¹⁰ der mittlerweile 54 Mitglieder angehören.

Verstärkter Bilateralismus: Druck auf den Aussenhandelsüberschuss

Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen haben sich in der letzten Amtszeit Trumps sehr gut entwickelt. Zwar gab es einige bange Momente (etwa, als die Schweiz als „Währungsmanipulatorin“

bezeichnet wurde, siehe Teil zum Finanzplatz), insgesamt haben jedoch die Kontakte zugenommen und die Schweiz und die USA hatten sogar neue Gespräche über ein bilaterales Freihandelsabkommen aufgenommen. Obwohl diese Bemühungen erfolglos blieben, gelang es der Schweiz, [im Bereich der Good Manufacturing Practices \(GMP\) ein sektorielles Abkommen über die gegenseitige Anerkennung abzuschliessen.](#)¹¹

Wie in den anderen Themenbereichen könnte die neue Trump-Administration die Schweiz scheinbar unmotiviert wegen irgendwelcher Störfaktoren herausgreifen. Immerhin gehört die Schweiz [zu den Top-10 Länder mit den höchsten Aussenhandelsüberschüssen mit den USA.](#)¹² Die Schweiz könnte somit unter Druck geraten, ihren Handelsbilanzüberschuss zu reduzieren, was zwangsläufig über höhere Importe aus den USA geschehen müsste. Ähnliche Gespräche mit anderen Ländern in der ersten Amtszeit Trumps haben gezeigt, dass dabei insbesondere Agrargüter auf der Prioritätenliste der USA weit oben stehen. Dies dürfte kaum im Interesse der Schweizer Landwirtschaft sein, die bereits heute stark vom internationalen Handel abgeschottet ist. Auch höhere Rüstungskäufe oder eine Abwertung des Schweizer Frankens könnten gefordert werden (siehe Kapitel Finanzplatz und Sicherheit).

Solche Forderungen könnten rein verbal bleiben oder sich aus konkreten Verhandlungen über einen *Deal* ergeben. Insbesondere im Zusammenhang mit allfälligen Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen dürften solche Forderungen von Seiten der USA aufkommen. Es stellt sich daher die Frage, ob die Schweiz vor der Wiederaufnahme entsprechender Sondierungsgespräche zu solchen Konzessionen bereit wäre.

Ein weiterer Punkt, in dem sich die Schweiz insbesondere von der EU unterscheidet, ist das besondere Verhältnis zu China. Mit einem Freihandelsabkommen, das erneuert werden soll, und der Nichtübernahme von Sanktionen gegenüber China, könnte die Schweiz als vermeintliche Steigbügelhalterin Chinas ins Visier der Trump-Administration geraten.

Finanzplatz – Zwischen alten und neuen Herausforderungen

Zusammenfassung

- Als mittelgrosse offene Volkswirtschaft, internationaler Finanzplatz und wichtiger Investor im Ausland ist die Schweiz den Auswirkungen der geld- und finanzpolitischen Entscheide Washingtons besonders ausgesetzt.
- Eine neue Deregulierungswelle an der Wall Street, mehr Kontrollen für internationale Investitionen und die Rückkehr der Wechselkursfrage könnten die Finanzpolitik einer zweiten Trump-Administration prägen.
- Die ersten beiden Entwicklungen würden die Schwierigkeit der Abwägungen verschärfen, denen sich die Schweiz bei der Kalibrierung ihrer Post-Credit Suisse-Regulierung und ihrer Finanzbeziehungen mit China gegenübersteht. Die Wechselkursfrage bleibt zwar heikel, doch der Eintritt in einen neuen geldpolitischen Zyklus verringert die Risiken für die Schweiz.

Kontext

Die USA sind der Drehpunkt der internationalen Finanzwelt. Die Tiefe ihres Kapitalmarkts, die zentrale Rolle des Dollars im internationalen Handel und die Bedeutung ihrer Schulden als sicherer Hafen sind für das reibungslose Funktionieren des globalen Finanzsystems von entscheidender Bedeutung. Diese einzigartige Position bedeutet, dass die in Washington getroffenen geld- und finanzpolitischen Entscheidungen internationale Auswirkungen haben.

Als mittelgrosse offene Volkswirtschaft und internationaler Finanzplatz ist die Schweiz diesen Auswirkungen besonders ausgesetzt. Die USA sind die wichtigste Destination für ausländische [Direkt-¹³](#) und [Portfolioinvestitionen¹⁴](#) aus der Schweiz. Umgekehrt ist Washington der zweitgrösste ausländische Direktinvestor in der Schweiz. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) ist eine der wenigen Zentralbanken, die über eine *Swap-Line* mit der Fed verfügt und so die Versorgung mit Dollar sicherstellen kann.

Tendenzen unter einer zweiten Trump-Administration und Implikationen für die Schweiz

America (Wall Street) First

Trump hat eine zweite Deregulierungswelle des Finanzsektors angekündigt, ähnlich jener während seiner ersten Amtszeit. Diese war durch eine Abschwächung des Dodd-Frank Act gekennzeichnet, des Regelwerks, das in den USA nach der Finanzkrise von 2008 verabschiedet wurde.

Zunächst würde eine weitere Deregulierungswelle vom US-Bankensektor ausgehende systemische Risiken für die globale Finanzstabilität verschärfen – ein Gemeingut, von dem die Schweiz besonders profitiert. Die Geschichte zeigt: Eine der Folgen der ersten Schwächung von Dodd-Frank war eine regulatorische Lockerung für „mittelgrosse“ Banken (bis zu 250 Mrd. USD an Aktiven). Zu dieser Kategorie gehörte die Silicon Valley Bank, deren Implosion im März 2023 eine Panik an den Märkten und eine Jagd auf das schwächste Glied in der Bankenkette auslöste. In Europa stellte sich dieses Glied als Credit Suisse heraus.

Zweitens würde sich eine weitere Deregulierung der Wall Street negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Finanzplatzes auswirken. Dieser steuert seinerseits auf eine Verschärfung der Regulierung für systemrelevante Institutionen und höhere Eigenkapitalanforderungen zu. Es besteht daher das Risiko, dass die Attraktivität des Schweizer Standorts für bestimmte Geschäftsvorgänge im Vergleich zu seiner amerikanischen Konkurrenz sinkt.

Schliesslich würde eine Rückkehr Trumps an die Macht im Kontext einer amerikanischen G20-Präsidentschaft im Jahr 2026 das Risiko einer regulatorischen Fragmentierung zwischen verschiedenen Blöcken erhöhen. Zwischen der EU und den USA bestehen bereits grosse Unterschiede in Bezug auf die Standards für Finanzstabilität (Basel III) und Nachhaltigkeit (ESG). Eine Vertiefung dieser Unterschiede würde für Schweizer Finanzinstitute, die in beiden Jurisdiktionen tätig sind, zusätzliche Kosten verursachen und das regulatorische Level Playing Field weiter verzerren.

Für die Schweiz geht es darum, die Lehren aus dem [Untergang der Credit Suisse¹⁵](#) zu ziehen, indem sie sich dieser Risiken bewusst ist. Die jüngsten [Vorschläge¹⁶](#) des Bundesrates gehen in Richtung einer Verschärfung und haben bei der UBS und der Bankenlobby zu einem Aufschrei geführt. Zwar sollte das Ziel darin bestehen, die Stabilität des Finanzsektors zu stärken. Doch es ist auch von entscheidender Bedeutung, seine Fähigkeit zu erhalten, die mit der regulatorischen Fragmentierung verbundenen Kosten zu absorbieren und in bestimmten Bereichen (nachhaltige und digitale Finanzwirtschaft, Biodiversität) als Marktführer innovativ zu sein.

Geoökonomische Fragmentierung

Eine zweite Amtszeit Trumps könnte einen aggressiveren Ansatz bei der Investitionskontrolle mit sich bringen. Unter Biden haben die USA ihr Regime zur Kontrolle von eingehenden Investitionen in die USA (inbound) durch ein Regime zur Kontrolle von ausgehenden Investitionen ins Ausland (outbound) ergänzt.

Vor dem Hintergrund der wachsenden chinesisch-amerikanischen Rivalität und der zunehmenden Bedeutung der nationalen Sicherheit (siehe Kapitel Sicherheit) auf Kosten der wirtschaftlichen Logik ist es

wahrscheinlich, dass eine Trump-Regierung an die vorangegangene Regierung anknüpfen und die bestehenden Restriktionen verschärfen und/oder ausweiten wird. Dies ist eines der wenigen Themen, die in Washington eine breite parteiübergreifende Unterstützung genießen.

Ein Kurswechsel ist jedoch denkbar. Die Biden-Administration hat nur wenig Druck auf ihre Verbündeten ausgeübt, ihre Kontrollmechanismen zu verschärfen. Trump könnte versuchen, die Europäer zu einer stärkeren Kontrolle ihrer Investitionen in China zu zwingen, indem er das Thema mit anderen Dossiers verknüpft.

Die Schweiz ist von solchen Überlegungen Lichtjahre entfernt. Das Parlament diskutiert derzeit über die Sinnhaftigkeit einer gesetzlichen Grundlage zur Kontrolle ausländischer Investitionen in der Schweiz – eine Praxis, die in den meisten EU-Ländern und den USA bereits fest etabliert ist. Ein Kontrollregime für Auslandsinvestitionen steht nicht auf der Agenda.

Angesichts ihrer Offenheit für internationale Investitionsströme sind die Einführung von Kontrollen und [die Neuausrichtung der Kapitalströme entlang geopolitischer Linien](#)¹⁷ schlechte Nachrichten für die Schweiz. Die starke Extraterritorialität der US-Massnahmen bedroht auch direkt einige Schweizer Akteure, die in sensiblen [Sektoren](#)¹⁸ (Halbleiter, künstliche Intelligenz und Quanteninformatik) auf dem chinesischen Markt investiert sind oder es sein werden (Biotech). [Rund 40% der in China tätigen schweizerischen Unternehmen](#)¹⁹ rechnen damit, dass sich die geopolitischen Spannungen negativ auf ihre Investitionen auswirken werden.

Für die Schweiz geht es darum, ihren Handlungsspielraum in einer Welt, in der es schwieriger geworden ist, dichte Finanzbeziehungen zu Partnern mit unterschiedlicher geopolitischer Ausrichtung zu unterhalten, genau zu kalkulieren. Die Herausforderung besteht darin, zu verhindern, dass man in die Maschen der Kontrollen gerät, gleichzeitig einen guten Marktzugang zu wahren und sich für die Einhaltung der geltenden multilateralen Regeln einzusetzen. Schweizer Unternehmen, die in Risikosektoren tätig sind, sollten ihre Abhängigkeit von bestimmten Märkten hinterfragen und ihre Absatzmärkte und Lieferanten so weit wie möglich diversifizieren, um ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber einer Rückkehr des geopolitischen Risikos zu erhöhen.

Verstärkter Bilateralismus: Die Besessenheit mit den Wechselkursen

Trump ist davon überzeugt, dass das grosse Handelsdefizit der USA gegenüber dem Rest der Welt hauptsächlich auf eine „Überbewertung“ des Dollars zurückzuführen ist. Sein Team hat dementsprechend mehrere Pläne ausgearbeitet, die auf eine Schwächung der US-Währung abzielen. Angesichts des Umfangs der Aufgabe ist es [unwahrscheinlich](#),²⁰ dass diese Pläne umgesetzt werden. Sollte dies doch der Fall sein, könnten sie starke Nebenwirkungen haben, insbesondere auf die internationale Rolle des Dollars und die US-Wirtschaft.

Eine Rückkehr der Wechselkursfrage würde für die Schweiz ein schlechtes Omen bedeuten. Auch wenn der Franken gegenüber dem Dollar massiv [überbewertet](#)²¹ ist, weist die Schweiz einen hohen Handelsbilanzüberschuss mit den USA auf (siehe Kapitel „Handel“). Die Wechselkurspolitik der SNB macht die Sache nicht besser. Diese beiden Elemente hatten unter anderem dazu geführt, dass die Schweiz unter Trump als „[Währungsmanipulation](#)“²² bezeichnet wurde, was zu Reputationsschäden und zur Einleitung eines (inzwischen abgeschlossenen) Sonderverfahrens mit dem US-Finanzministerium führte.

Auch wenn die Thematik heikel bleibt, scheinen die Risiken heute geringer geworden zu sein. Zwar behält die Schweiz ihre bilateralen und Leistungsbilanzüberschüsse bei. Ein Wechsel des geldpolitischen Zyklus bedeutet aber, dass die Interventionen der SNB aus amerikanischer Sicht nun in die „richtige“ Richtung gehen und eine Aufwertung des Frankens begünstigen.

Folglich ist es unwahrscheinlich, dass die Schweiz wieder dauerhaft in den Fokus der USA gerät. Die Schweizer Behörden sollten sich jedoch bemühen, die Lehren aus der letzten Übung zu ziehen. Dies gilt insbesondere für die SNB, deren für Aussenstehende undurchsichtige Interventionen manchmal zu Missverständnissen führen und das Risiko erhöhen, dass ihre Geldpolitik für einen Angriff auf die Schweiz instrumentalisiert wird.

Sicherheit – Navigieren durch unsichere Zeiten

Zusammenfassung

- Eine stärkere Tendenz zu einem *America First*-Ansatz durch Trump könnte die NATO und die europäische Stabilität schwächen und damit die Sicherheitsrisiken für die Schweiz erhöhen.
- Ein potenzieller Wandel in der US-Politik könnte globale Bündnisse und regionale Stabilität untergraben, die Souveränität der Ukraine durch mögliche Vereinbarungen mit dem Aggressor gefährden und die Sicherheitsgarantien für Partner wie Taiwan verringern. Dies könnte wiederum aggressiven Handlungen anderer Staaten Auftrieb geben und sowohl die regionale Instabilität als auch die wirtschaftlichen Risiken für die Schweiz erhöhen.
- Ein reduzierter Austausch von nachrichtendienstlichen Informationen durch die USA mit anderen Staaten könnte auch die Schweiz betreffen und Risiken mit sich bringen.

Kontext

Die USA spielen in der globalen Sicherheitspolitik eine zentrale Rolle. Ihre militärische Macht und die Militärbündnisse wie die NATO werden geschickt eingesetzt, um allfällige Bedrohungen abzuschrecken. Durch die Stationierung von Truppen, die Koordination gemeinsamer Übungen und die Bereitstellung von nachrichtendienstlichen Informationen stärken die USA die Sicherheit des Westens, auch die der Schweiz. Daher ist die Haltung des nächsten US-Präsidenten für die Sicherheitsinteressen der Schweiz von grosser Bedeutung.

Tendenzen unter einer zweiten Trump-Administration und Implikationen für die Schweiz

America First: Die NATO unter Beschuss

Die NATO spielt indirekt eine Schlüsselrolle für die Gewährleistung der Sicherheit und Stabilität der Schweiz. Während der ersten Amtszeit von Donald Trump gerieten die Beziehungen zwischen den USA und der NATO aufgrund seiner *America First*-Haltung in eine Schieflage. Er kritisierte die NATO-Mitglieder für die Nichteinhaltung des Ziels von 2% des BIP für Verteidigungsausgaben. Zusammen mit Russlands Angriff auf die Ukraine hat dies viele europäische Verbündete dazu veranlasst, ihre Verteidigungshaushalte zu erhöhen. Bei einer Wiederwahl könnte Trump die Debatte über die NATO-Lastenteilung neu beleben. Auf einer Veranstaltung im Jahr 2024 erklärte er, die USA würden nicht vor einer russischen Invasion schützen, sollten die Ausgabenziele nicht erfüllt sein.²³ Diese Haltung stellt Artikel 5 des Nordatlantikvertrags in Frage, der die Unterstützung für angegriffene Verbündete ausdrücklich zusichert. Trump hat zu erkennen gegeben, dass es in seiner zweiten Amtszeit eine Verringerung des Gesamtengagements für das Bündnis geben könnte. Diese Praxis könnte Missgunst und Misstrauen schüren, die kollektive Verteidigung der NATO untergraben und somit ihre Einheit gefährden. Ferner könnte Trump Gipfeltreffen auslassen oder sich von gemeinsamen NATO-Übungen zurückziehen,²⁴ was den Zusammenhalt der NATO weiter schwächen würde.

Für die Schweiz, die im Hinblick auf die europäische Sicherheit auf die Stabilität der NATO angewiesen ist, wäre eine Schwächung des Bündnisses Anlass zur Sorge. Eine geringere Unterstützung durch die USA könnte Aggressoren ermutigen die Region zu destabilisieren, wodurch die Schweiz und Europa verwundbarer wären. Eine engere Zusammenarbeit wie die PESCO Kooperation oder gar mit der NATO sind im Rahmen der Neutralität durchaus möglich, doch aufgrund unterschiedlicher Auffassungen darüber, wie man sich an die sich entwickelnde Sicherheitsdynamik anpassen soll, fehlt es der Schweiz an einer langfristigen Strategie. Sollte die NATO durch eine reduzierte Unterstützung oder gar einen Rückzug der USA tatsächlich weiter geschwächt werden, müsste sich die Schweiz innerhalb kürzester Zeit in der Sicherheitslandschaft neu orientieren. Die Frage wird sein, ob sich die Schweiz auf eine Reduit 2.0-Strategie besinnt oder weiter mit gleichgesinnten Staaten und Nachbarländern die Kooperation fördert, ohne ihre Neutralität zu tangieren, oder ob gar ein NATO-Beitritt in Frage kommen könnte. Ähnlich unbequeme Fragen ergeben sich auch aus den [Empfehlungen der Studienkommission Sicherheitspolitik](#).²⁵ Wie auch immer die Antwort ausfallen mag, muss die Schweiz eine klare und kohärente Strategie entwickeln, um in dieser unsicheren Lage auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein.

Abnehmender Rückhalt für die internationale Ordnung

In seiner ersten Amtszeit hat Trump Massnahmen ergriffen, die der Ukraine zugutekamen – allen voran die Bereitstellung von Waffen. Mit Trumps angestrebter Rückkehr ins Weisse Haus wachsen jedoch die Sorgen über seinen Ansatz mit dem Russland-Ukraine-Krieg: Es gibt Befürchtungen, Trump könnte einen Deal mit Putin über die Interessen der Ukraine stellen und damit deren Territorium und Souveränität für eine schnelle Lösung riskieren. Wiederholt hat er betont, dass er den Konflikt innerhalb von 24 Stunden seiner Amtszeit beenden will. Seine Haltung steht im Widerspruch zum Schlusskommuniqué des [Ukraine-Gipfels](#)²⁶ auf dem Bürgenstock über die Wahrung der territorialen Integrität der Ukraine. Strategisch gesehen können solche Vorstellungen die Zukunft der Ukraine und die europäische Sicherheit gefährden. Seine Ideen könnten Russland und andere Gegner zu Konflikten ermutigen, die zu einer weiteren Erosion

des Völkerrechts und der territorialen Integrität führen könnten. Für die Schweiz stellen diese Aushöhlung der internationalen Normen und die zunehmenden regionalen Spannungen eine wesentliche Herausforderung dar. Die Neutralität der Schweiz kann zwar dazu beitragen, direkte Konflikte zu vermeiden, sie kann das Land jedoch nicht vollständig vor einer allgemeinen Instabilität in Europa schützen.

In Bezug auf Taiwan etwa erwartet Trump, dass die Insel mehr militärische Verantwortung übernimmt oder zumindest für den [Schutz](#)²⁷ durch die USA bieten bezahlt. Auch wenn noch immer schwer vorstellbar, hätte eine Invasion in Taiwan für die Schweiz mehrere Konsequenzen. Erneut würde internationales Recht verletzt und der Welthandel gestört. Der Handel mit Halbleitern käme zum Erliegen. Zudem würde sich die Frage stellen, ob sich die Schweiz den Sanktionen gegen China anschliessen würde. Dies könnte eine herausfordernde Entscheidung sein, da zwischen China und der Schweiz ein Freihandelsabkommen besteht und die Schweiz normalerweise zögert, sich rasch zu positionieren. Nicht zuletzt könnte die Trump-Administration, die Europäer dazu zwingen, ihre Investitionen in China stärker zu kontrollieren (siehe Kapitel Finanzplatz). Was auf Taiwan zutrifft, könnte auch auf andere Konfliktherde zutreffen. Die Schweiz müsste sich also auf eine global instabilere Sicherheitslage einstellen.

Von Rüstungsgeschäften bis zum Austausch von Geheimdienstinformationen: Die Schweiz vor anstehenden Herausforderungen

Aufgrund ihrer Neutralität exportiert die Schweiz keine Waffen in Länder, die in Konflikte verwickelt sind. Daher kann die Schweiz auf der Prioritätenliste für Waffenverkäufe oft weit unten rangieren. Dies wurde beispielsweise beim Kauf eines Patriot-Luftabwehrsystems deutlich. Die US-Regierung verschob die [Lieferung der PAC-3-Raketen](#)²⁸ auf unbestimmte Zeit und räumte stattdessen den Verteidigungsbedürfnissen der Ukraine Priorität ein. Bei der Lieferung der 36 F-35A-Kampffjets, die die Schweiz bestellt hat, kam es bisher (noch) nicht zu ähnlichen Verzögerungen.

Die Situation könnte mit der möglichen Wiederwahl von Trump

noch unberechenbarer werden. Sollte Trump der Verteidigung der Ukraine weniger Priorität einräumen, könnte sich die Position der Schweiz auf der Prioritätenliste der USA für Rüstungsgeschäfte zu ihrem Vorteil ändern. Sollte Trump jedoch einen unerwarteten Schwenker vollziehen und die Ukraine stärker unterstützen, könnte dies weitere Verzögerungen bedeuten. Zudem könnte die Schweiz bei einer Wiederaufnahme der Freihandelsgespräche auf die transaktionale Forderung treffen, mehr Rüstungsgüter von den USA zu erwerben.

Unter der Regierung Biden hat der Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse mit anderen Ländern einen wichtigen Beitrag zur Abwehr von Bedrohungen geleistet, wie bspw. zur Verschiebung der russischen Truppen vor der Invasion der Ukraine im Jahr 2022 oder zum bevorstehenden Terroranschlag auf grössere Menschenansammlungen in [Moskau](#).²⁹ Diese Fälle zeigen, dass die USA regelmässig [Informationen deklassifizieren](#)³⁰ und an andere Staaten weitergeben, manchmal sogar an jene, mit denen sie schwierige Beziehungen unterhalten. Trump könnte diese [Praxis einschränken](#).³¹

Was die Schweiz betrifft, so ist die aktuelle Torgefahr nach wie vor hoch. Bislang hat die Schweiz auch vom Informationsaustausch mit den USA profitiert. Sollte Trump jedoch eine zweite Amtszeit gewinnen, könnte sich diese Praxis ändern, oder er könnte damit drohen, den nachrichtendienstlichen Austausch zu reduzieren, um die Schweiz zugunsten der USA unter Druck zu setzen.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen für die Schweiz

Die Analyse auf Basis der drei Tendenzen in den drei Themengebieten Handel, Finanzplatz und Sicherheit zeigt auf, dass im Rahmen einer zweiten Amtszeit von Trump ungemütliche Herausforderungen und Fragen auf die Schweiz zukommen könnten. Diese können direkt durch Entscheide Trumps (bspw. höhere Zölle für alle in die USA exportierten Güter) wie auch indirekt (bspw. bei einem Austritt der USA aus der NATO) entstehen. Sie können einzeln auftreten oder miteinander verknüpft sein. Zudem können sie auch nur die Beziehungen zwischen der Schweiz und den USA betreffen oder auch jene mit Drittstaaten (allen voran mit der EU). Vor allem dürften diese, das zeigt die Vergangenheit, unerwartet auftreten und von grosser Dringlichkeit sein.

Darüber hinaus dürften diese schwierigen Sachverhalte und herausfordernden Güterabwägungen in einem zunehmend fragmentierten und vergleichsweise rechtsfreien Raum aufkommen, in dem sich die Schweiz zunehmend allein fühlen dürfte. Eine zweite Trump-Administration könnte die Schweiz zwingen, in kürzester Zeit Positionen zu beziehen und Entscheidungen zu treffen, auch an einem Sonntagabend. Agilität in der Verwaltung und eine bessere Zusammenarbeit innerhalb und zwischen den Departementen könnten hier entscheidend sein. Während der Legislaturperiode des UNO-Sicherheitsrates wurde oft gezeigt, dass die Schweiz auch agil sein und schnell reagieren kann. Auf dieser Erfahrung gilt es aufzubauen.

Für die Schweiz ist es daher ratsam, entsprechend strategisch zu antizipieren, wenn sie mit einer möglichen Trump-Administration Verhandlungen aufnehmen oder weiterführen muss bzw. möchte. Bei den Gesprächen über ein Freihandelsabkommen könnten dann auch andere Themen zur Sprache kommen, wie etwa vermehrte Käufe von Rüstungsgütern durch die Schweiz. Zudem könnten weitere Verknüpfungen zwischen den drei Domänen (Handel, Finanzplatz und Sicherheit) bei Verhandlungen aufkommen und die Einheit der Materie verletzen.

Um sich auf diese vielseitigen Herausforderungen vorzubereiten, sollte die Schweiz so bald wie möglich die folgenden Schritte unternehmen:

- Bildung einer interdepartementalen Task Force innerhalb der Verwaltung, wo aus allen Gebieten mögliche Szenarien eingebracht, mögliche Interdependenzen identifiziert und mit den potenziell betroffenen Interessensgruppen mögliche Lösungsansätze entwickelt werden. Dabei sollen auch mögliche Verhandlungspositionen in ihren Grundzügen vorbereitet und schwierige Güterabwägungen zwischen unverwandten Themengebieten vordiskutiert werden. Ein solches Format sollte auch einen schnelleren, effizienteren und zielgerichteteren Informationsaustausch ermöglichen und die Entscheidungsfindung beschleunigen.
- Austausch mit wichtigen Partnern (insb. die EU) über mögliche Szenarien, um die Einschätzung und Lösungsansätze dieser zu verstehen und, falls möglich, abzustimmen. Diese Empfehlung gilt in unterschiedlichem Ausmass für die drei in dieser Publikation ermittelten Schwerpunktbereiche, sollte jedoch das Risiko verringern, dass die Schweiz isoliert oder übersehen wird.
- Angesichts der direktdemokratischen Funktionsweise der Schweiz: Zeitnaher und proaktiver Start einer öffentlichen Diskussion über unbequeme Fragestellungen (bspw. „Wie sollte sich die Schweiz sicherheitspolitisch positionieren, sollte sich die USA aus der NATO zurückziehen?“) um bei Bedarf vorbereitet und handlungsfähig zu sein.

Und wenn Harris gewählt wird?

Da eine zweite Trump-Administration Regierung unberechenbarer, disruptiver und ein Bruch mit der Biden-Ära wäre, konzentrierte sich diese Publikation auf die Auswirkungen dieser auf die Schweizer Aussenpolitik. Doch wie sähe es mit einer Harris-Administration aus?

Eine Harris-Administration würde weitgehend die Kontinuität der derzeitigen demokratischen Regierung fortsetzen. Die Hinweise, die sich aus Harris' aussenpolitischen Äusserungen oder aus den Profilen ihrer engsten Mitarbeiter ergeben, deuten darauf hin, dass ihre Vision von Amerikas Rolle in der Welt derjenigen von Biden sehr ähnlich ist. Im Gegensatz zu einer Trump-Regierung würde eine Harris-Regierung weiterhin berechenbarer bleiben, mit ihren Verbündeten zusammenarbeiten und eine konstruktive Rolle in den multilateralen Foren spielen, die den amerikanischen Interessen dienen.

Harris einfach als Biden 2.0 darzustellen, wäre jedoch reduktionistisch. Während sie wie Biden grundsätzlich mit den Befürwortern einer klassischen internationalistischen US-Aussenpolitik übereinstimmt, teilt sie weniger die tiefe Verbundenheit des ehemaligen Präsidenten mit den transatlantischen Beziehungen. In Bezug auf Israel könnte Harris trotz der damit verbundenen innenpolitischen Zwänge in ihrer Unterstützung für den jüdischen Staat kritischer sein.

Und was ist mit der Schweiz? Es wird allgemein gesagt, dass sie bessere Beziehungen zu republikanischen als zu demokratischen Regierungen unterhält. Einige Episoden unter demokratischen Regierungen (die Affäre um die nachrichtenlosen Vermögen unter Bill Clinton und das Ende des Bankgeheimnisses unter Barack Obama) haben ihre Spuren hinterlassen. In Wirklichkeit ermöglicht eine starke Übereinstimmung zwischen den schweizerischen und US-amerikanischen Werten die Aufrechterhaltung sehr guter bilateraler Beziehungen in Schlüsselthemen, unabhängig davon, welche Partei an der Macht ist. Angesichts der Bedeutung der USA als Handelspartner ist für die Schweiz vor allem eine gesunde US-Wirtschaft von entscheidender Bedeutung.

Abgesehen davon würde eine demokratische Regierung Bern weit weniger schlaflose Nächte bereiten. Wie die Biden-Administration wäre Harris gegenüber den Verbündeten relativ entgegenkommend, berechenbar und traditionell in Stil und Kommunikation. Auch auf personeller Ebene ist eine gewisse Kontinuität zwischen den beiden Administrationen denkbar.

In diesem Zusammenhang und als Antwort auf diejenigen, die Trumps vorherige Amtszeit als „goldenes Zeitalter“ für die bilateralen Beziehungen bezeichnen, ist es wichtig, die entscheidende Bedeutung der zwischenmenschlichen Beziehungen zu betonen. Diese Erfahrung unterstreicht, wie wichtig es ist, so früh wie möglich Kontakte mit den potenziellen Spitzenkräften einer möglichen Harris-Administration zu knüpfen - womit die Schweizer Diplomatinen und Diplomaten in Washington bereits begonnen haben.

Auf jeden Fall sollte die Schweiz nicht zu laut erleichtert aufatmen, sollte Harris das Rennen machen. Einige tektonische Verschiebungen in der US-Aussenpolitik - wie z.B. der allmähliche Rückzug vom europäischen Kontinent und die Stärkung nationaler Sicherheitsüberlegungen in den Aussenwirtschaftsbeziehungen verheissen für die Schweiz nichts Gutes und sind verwaltungsübergreifend. Unabhängig vom Ergebnis am 5. November hat die Schweiz viel zu tun, um sich bestmöglich auf die Herausforderungen vorzubereiten, welche die nächste Person im weissen Haus mit sich bringt - und darüber hinaus.

Endnoten

- 1 Chazan, G. (2024, July 22). Isolated Germany fears a second Trump term. Financial Times. <https://www.ft.com/content/8ddc0901-dd80-4c60-bdb3-126d478e4a59>
- 2 Foy, H. (2024, August 2). EU sets up team to prepare for Donald Trump's potential return to power. Financial Times. <https://www.ft.com/content/cb4b8094-c6fe-4db9-b249-774f635c1b60>
- 3 Trump, D. J. (2023, December 22). President Donald J. Trump declares war on cartels. <https://www.donaldjtrump.com/agenda47>
- 4 Project 2025. (n.d.). Home. Project 2025. <https://www.project2025.org/>
- 5 <https://ecfr.eu/publication/imagining-trump-2-0-six-scary-policy-scenarios-for-a-second-term/>
- 6 State Secretariat for Economic Affairs (SECO). (2024, July). Länderfiche – Juli 2024: USA. <https://www.seco.admin.ch/dam/seco/de/dokumente/Aussenwirtschaft/Wirtschaftsbeziehungen/L%C3%A4nderinformationen/Nordamerika/usa.pdf.download.pdf/USA.pdf>
- 7 Bhusari, M. (2024, August 22). Why the next trade war with China may look very different from the last one. Sinographs. Atlantic Council. <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/econographics/sinographs/why-the-next-trade-war-with-china-may-look-very-different-from-the-last-one/>
- 8 York, E. (2024, June 26). Tariff tracker: Tracking the economic impact of the Trump-Biden tariffs. Tax Foundation. <https://taxfoundation.org/research/all/federal/trump-tariffs-biden-tariffs/>
- 9 Chakowski, N., Engammare, V., & Todeschini-Marthe, C. (2023, June 6). Stahlzölle: Die WTO gibt der Schweiz erneut recht. Die Volkswirtschaft. <https://dievolkswirtschaft.ch/de/2023/06/stahlzoelle-die-wto-gibt-der-schweiz-erneut-recht/>
- 10 Geneva Trade Platform. (n.d.). Multi-party interim appeal arbitration arrangement (MPIA). https://wtoplurilaterals.info/plural_initiative/the-mpia/
- 11 State Secretariat for Economic Affairs (SECO). (n.d.). Mutual recognition agreement (MRA) Switzerland–USA. https://www.seco.admin.ch/seco/en/home/Aussenwirtschaftspolitik_Wirtschaftliche_Zusammenarbeit/Wirtschaftsbeziehungen/Technische_Handelshemmnisse/Mutual_Recognition_Agreement_MRA0/mra_gmp_schweiz-usa.html#:~:text=In%20January%202023%2C%20Switzerland%20and,by%20the%20other%27s%20regulatory%20authority
- 12 World Population Review. (n.d.). US trade deficit by country. World Population Review. <https://worldpopulationreview.com/country-rankings/us-trade-deficit-by-country>
- 13 International Monetary Fund. (n.d.). Coordinated direct investment survey [Data set]. International Monetary Fund. Retrieved August 15, 2024. <https://data.imf.org/?sk=40313609-F037-48C1-84B1-E1F-1CE54D6D5&sid=1482331048410>
- 14 International Monetary Fund. (n.d.). Coordinated portfolio investment survey [Data set]. International Monetary Fund. Retrieved August 15, 2024. <https://data.imf.org/?sk=b981b4e3-4e58-467e-9b90-9de0c3367363&sid=1481577785817>
- 15 Cotton, A. (2023, September 12). Briefing de politique étrangère: Place financière suisse. Foraus. <https://www.foraus.ch/posts/serie-de-briefings-de-politique-etrangere-place-financiere-suisse/12>
- 16 Federal Department of Finance (FDF). (2024, April 10). Federal Council report on the stability of banks. <https://www.efd.admin.ch/fr/rapport-tbtf>

- 17 International Monetary Fund. (2023, April 11). Chapter 4 - Geoeconomic fragmentation and FDI. World economic outlook. <https://www.elibrary.imf.org/display/book/9798400224119/CH004.xml>
- 18 The White House. (2023, August 9). Executive order on addressing United States investments in certain national security technologies and products in countries of concern. The White House. <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/presidential-actions/2023/08/09/executive-order-on-addressing-united-states-investments-in-certain-national-security-technologies-and-products-in-countries-of-concern/>
- 19 Casas-Klett, T., Musy, N., & Xiao, Z. (2024). The Swiss Business in China Survey 2023. <https://www.unisg.ch/en/newsdetail/news/swiss-business-in-china-survey-2023/#:~:text=The%202023%20edition%20of%20the,even%20as%20new%20challenges%20emerge>
- 20 McDougall, M., & Duguid, K. (2024, July 26). Donald Trump's dollar devaluation plan unlikely to prevail, say investors. Financial Times. <https://www.ft.com/content/5fbf6e01-308d-47af-b2be-49c3b4656780>
- 21 The Economist. (2024, July 31). Our Big Mac index shows how burger prices differ across borders. The Economist. <https://www.economist.com/big-mac-index>
- 22 U.S. Department of the Treasury, Office of International Affairs. (2020, December). Report to Congress: Macroeconomic and foreign exchange policies of major trading partners of the United States. <https://home.treasury.gov/system/files/206/December-2020-FX-Report-FINAL.pdf>
- 23 Ordoñez, F. (2024, June 11). Trump could — and wants to — shake up U.S. foreign policy even more in a second term. NPR. <https://www.npr.org/2024/06/11/nx-s1-4996441/trump-foreign-policy-israel-europe-nato-ukraine-russia-china-trade>
- 24 Moens, B., Barigazzi, J., Mathiesen, K., Ward, A., & Gijis, C. (2024, April 24). How a second Trump presidency could tear Europe apart: The former president's return would cement a shift in the U.S. as a fact that can no longer be ignored. Politico. <https://www.politico.eu/article/donald-trump-second-term-presidency-united-states-tear-europe-eu-apart/>
- 25 Tafi / S24, D. A. (2024, August 29). Sicherheitspolitische Neuausrichtung: Experten wollen weniger Neutralität – und näher zur NATO*. Bluewin. <https://www.bluewin.ch/de/news/schweiz/weniger-neutralitaet-wagen-und-naeher-an-die-nato-ruecken-2344632.html>
- 26 Berlinger, J., & Kennedy, N. (2024, June 16). Major Ukraine summit ends with fresh plea for peace but key powers spurn final agreement. CNN. <https://edition.cnn.com/2024/06/16/europe/ukraine-peace-summit-switzerland-intl/index.html>
- 27 Buckley, C. (2024, July 17). Trump tells Taiwan to expect a higher price tag for U.S. defense: Trump also accused Taiwan of sinking the U.S. semiconductor sector, signaling he wants a more transactional approach to shielding the island from China. The New York Times. <https://www.nytimes.com/2024/07/17/world/asia/trump-taiwan-defense-chips.html>
- 28 Friedli, D. (2024, September 22). Die Schweiz hat zwar einen Liefervertrag, muss im Notfall aber auf die F-35-Kampffjets warten. Neue Zürcher Zeitung. <https://www.nzz.ch/schweiz/f-35-kampffjets-der-schweiz-droht-im-notfall-das-abseits-ld.1836161>
- 29 Weaver, C., & Ivanova, P. (2024, April 3). Why Russian intelligence dismissed US warnings of terror threat. Financial Times. <https://www.ft.com/content/43812009-f7fc-4ddb-85d9-04d8165c7dd1>
- 30 Holmgren, B. M. (2024, February 19). The age of intelligence diplomacy: The Iraq War highlighted its risks. Russia's war in Ukraine showcased its opportunities. Foreign Policy. <https://foreignpolicy.com/2024/02/19/russia-ukraine-us-intelligence-diplomacy-invasion-anniversary/>

³¹ Banco, E. (2024, July 10). Trump considering cutting back intel sharing with Europe, officials warn. Politico. <https://www.politico.com/news/2024/07/10/trump-considering-cutting-intel-sharing-europe-00167503>

Citation

Cotton, A., Bayir, K., Asbaghipour, N., Jönsson, O. (2024). Trump 2.0 ? Was auf die Schweiz zukommen könnte. Bern: foraus - Forum Aussenpolitik

Disclaimer

This study reflects the personal opinion of the authors, which is not necessarily the same as that of the association foraus.

www.foraus.ch

Bern | foraus – Forum Aussenpolitik | Marktgasse 36 | 3011 Bern

Genève | foraus – Forum de politique étrangère | c/o Impact Hub, Rue de Fendt 1 |
1201 Genève | office@foraus.ch | +41 44 501 68 65

IBAN: CH06 0900 0000 6017 6892 9

Become part of our network

Through the association's unique grassroots-model, foraus advocates a socio-political future for Switzerland and stands for both a constructive foreign policy and an information-rich dialogue. Do you share this vision? Then come support us and get active! ●

as a member

A membership in our unique network and a voluntary involvement at foraus is open to everyone. We offer you access to an extraordinary network, fascinating personalities, and the possibility to bring your academic know-how into the public debate.

as an author

foraus enables you to tackle the challenges in Swiss and international foreign policy and offers you a platform where you are invited to publish your innovative ideas in the form of a policy paper, a short analysis or a blog.

as a benefactor

Our circle of benefactors, the „Cercle des Donateurs“, contributes to the dissemination of the sponsorship, and offers interested personalities the possibility to support and promote foraus.



foraus.ch/mitglied-werden